Deutsches Reich.

* **Die Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates.** Am Dienstag vormittag hat die Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates begonnen. An dieser beteiligten sich der Herzogregent von Braunschweig, der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück und der preußische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Lieser. Der Vorsitzende, Graf Schwerin-Löwitz, teilte mit, daß die Landwirtschaft in Aussicht gestellt worden sei, am Freitag den Kaiser begrüßen zu dürfen. Er schloß seine Ansprache mit einem Hoch auf den Kaiser, die deutschen Bundesstaaten und die freien Städte. Staatssekretär Delbrück überbrachte die Grüße des Reichskanzlers und seines Ressorts. Hierauf fand die Wiederwahl des Grafen Schwerin-Löwitz zum Vorsitzenden wie des Freiherrn v. Soden-Frauenhofen (Bayern) wie des Dr. Mehnert (Sachsen) zum stellvertretenden Vorsitzenden statt. Freiherr v. Soden überreichte dem Grafen Schwerin-Löwitz als Ausdruck des Dankes der Versammlung für dessen zehnjährige Tätigkeit im Vorstande eine in Buchform gefaßte Auslese aus den Aufsätzen und Reden des Grafen, die landwirtschaftliche Fragen behandeln. Zum Schluß des geschäftlichen Teils erstattete der Generalsekretär Professor Dade den Geschäftsbericht.

* **Der Kronprinz in Kalkutta.** Der Kronprinz besuchte am 13. cr. das Museum und besorgte sich dann nach Sunderbunds. Der Direktor der deutsch-asiatischen Bank in Kalkutta, Gutschke, veröffentlichte einen deutschen Artikel in der Wochenschrift „Englishman", in dem er den Bürgern für die Gastfreundschaft dankt, die sie bei dem Besuch des Kronprinzen gezeigt hätten. Die Deutschen in Kalkutta beschlossen, aus Erkenntlichkeit für den Empfang des Kronprinzen und der deutschen Seeleute für das alljährliche Rennen einen Pokal als Preis zu stiften. — Eine spätere Meldung aus Kalkutta besagt noch: Der Kronprinz besichtigte am Dienstag vormittag eine große Jutefabrik. Nachmittags begab er sich mit dem deutschen und englischen Gefolge auf die „Gneisenau", wo ein Abschiedsmahl stattfand. Die „Gneisenau" und die „Leipzig" gingen sodann nach Osten ab. Der Kronprinz wird den Rest des Aufenthalts in Indien in Sunderbunds verbringen, um einen weiteren interessanten Teil des Landesinnern kennen zu lernen. Die Rückfahrt nach Kalkutta erfolgt am 22. d. Mts.

* **Der Anleihebedarf des Reichs.** Die „Norddeutsche Allg. Ztg." gibt mit Rücksicht auf die Unklarheiten, die in der Presse verschiedentlich hervorgetreten sind, einen Ueberblick über den Anleihebedarf des Reiches. Das Anleihesoll betrug in den Jahren 1906: 272,8 Millionen Mark, 1907: 253,9 Millionen Mark, 1908: 260,9 Millionen Mark, 1909: 723,7 Millionen Mark, 1910: 171,8 Millionen Mark und für 1911 nur Etatsentwurf 97,7 Millionen Mark. Die Zeitung schreibt nun hierzu: Es springt in die Augen, wie das Anleihesoll im heurigen Jahre 1910 und 1911 zurückgegangen ist, und zwar zum größten Teil dadurch, daß mit den maßgebenden Gesetzesvorschriften 35,4 Millionen Mark für 1910 und 89,6 Millionen Mark für 1911 aus den ordentlichen Reichseinnahmen zu entnehmen und zur Verminderung des Anleihebedarfs zu verwenden waren. Diese Verwertung laufender Mittel für die Verbesserung des außerordentlichen Etats ein sichtbares Zeichen für die allmähliche Erstarkung der Finanzen. Die zur ordentlichen Etat entnommenen Beträge sollen nach dem § 2 des Etatsgesetzentwurfes von 1911 entweder zur mechanischen Abschreibung von Anleihesoll oder zum Ankaufe ausgegebener Schuldverschreibungen verwendet werden. Damit wird der Grundgedanke der Reichsschuldentilgung zur Geltung gebracht, dahin gehend, daß das Reich befähigt ist, als Käufer seiner alten Schuldenbestände auf dem Markte aufzutreten und so das Ansehen unserer Anleihen zu heben. Soweit nun tatsächlich ältere Schuldverschreibungen gekauft werden, steigt auch das neue Anleihesoll. Natürlich wird dadurch nicht etwa der Schuldenbestand des Reiches erhöht. Die Besserung der Reichsfinanzlage kommt auch beim Schatzanweisungswesen fortschreitend zum Ausdruck. Während dieser nämlich im Anfang des Jahres 1909 seine höchste Belastung mit 639 Millionen erreichte, wird es gegenwärtig mit 70 bis 100 Millionen in Anspruch genommen, obwohl noch bedeutende Anleihereste darauf ruhen.

* **In der Kommission des Reichstages für das Schiffahrtsabgabengesetz** trat gestern der Verkehrsminister Breitenbach der Behauptung entgegen, daß fiskalische Interessen für die Regierung maßgebend bei den Gebühren kämen ausschließlich für die Verbesserung der Fahrstraßen zugute. Ferner trat er auch der Behauptung entgegen, die sich nicht um eine Interpretation, sondern um eine Änderung der Verfassung handle. Der Bundesrat habe nicht gemeint die Rede sein. Solange die Frage der Schiffahrtsabgaben nicht geregelt sei, könne nach der Meinung der preußischen Regierung die Rede nicht zugeraten werden, weiterhin große Lasten zu tragen. Von einer Beschlußunreife soll gegenwärtig nicht die Rede sein.

* **Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:** Gegenüber den Angriffen einzelner Blätter sowie der „Nordd.eutsche Zeitung" müssen wir bemerken, daß in unserem Blatte eine Vorlaufe vom Kommissionsmitgliedern erhoben worden sind. Wir haben vielmehr nur zwar lediglich in Anschluß an die Mitteilungen der Schiffahrtsabgabenkommission die Tatsache festgestellt, daß Indiskretionen

---

vorgekommen die, die, wenn sich diese Gewohnheit einbürgern sollte, die Vertreter der verbündeten Regierungen zu einer größeren Zurückhaltung nötigen würden.

* **Der Entwurf zu den Ausführungsbestimmungen zum Wertzuwachssteuergesetz** wird, wie wir hören, bis Ende dieser Woche fertiggestellt sein. Es werden dann im Reichsschatzamt Beratungen stattfinden, an denen Vertreter der beteiligten Ressorts, der Kommunalverwaltungen und von verschiedenen Interessentenkreisen teilnehmen. Von Seiten einzelner Gemeinden sind für die Vorarbeiten zu den Ausführungsbestimmungen Beamte zur Verfügung gestellt worden. Da Wert darauf gelegt wird, daß die den Schwierigkeit der im Gesetz geregelten Materie die Ausführungsbestimmungen eine allen Kreisen verständliche und zweifellos ausschließende Fassung erhalten, erfordert die Aufstellung des Entwurfs naturgemäß sehr gründliche Vorarbeiten. Nach Abschluß der Beratungen wird der Entwurf dem Bundesrat zugehen. Auf jeden Fall wird aber Sorge getragen, daß bis zum 1. April d. J. die Bestimmungen des Wertzuwachssteuergesetzes ohne Schwierigkeit in Funktion treten können. Auch die Oeffentlichkeit wird rechtzeitig über die Ausführungsbestimmungen unterrichtet werden.

* **Die Isteinnahme des Reichs an Zöllen, Steuern und Gebühren** hat im Januar 1911 149,3 Millionen Mark und in der Zeit vom 1. April 1910 bis Ende Januar 1911 1233,6 Millionen Mark betragen. Man muß hierbei berücksichtigen, daß der Monat Januar momentlich die den Zöllen hohe Einnahmen zu liefern pflegt, während die Monate Februar und März daran wieder nachlassen. Trotzdem kann die diesmalige Monatseinnahme als im ganzen günstig bezeichnet werden. Bei der Einnahme an Zöllen in Höhe von 76,9 Millionen Mark hat u. a. die Einfuhr von Kaffee und Tabak mitgewirkt, mit net 259 000 D-Btrn. und 58 000 D-Btrn. eine durchaus normale Höhe wieder erlangt. Verhältnismäßig hohe Erträge hat mit einer Solleinnahme von 1,8 Millionen Mark und einer Isteinnahme von 1,3 Millionen Mark die Zündwarensteuer geliefert.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 14. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Die Vorlage über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen Betrieben und Beamten wird nach kurzen Bemerkungen der Abg. Flesch (fortschr.) und Dr. König-Krefeld (Ztr.) in dritter Lesung endgültig angenommen.

Etats des Innern.

Die allgemeine Besprechung zum Titel Ministergehalt wird fortgesetzt.

Abg. v. Bieberstein (konf.): Wollte ich alle Einzelheiten der gestrigen Hirschschen Rede richtig stellen, so müßte ich 24 Stunden reden. So ist das Verhalten des Amtsvorstehers von Neuenhagen bei der Nichtgenehmigung von sozialdemokratischen Versammlungen durchaus tendenziös dargestellt; der Amtsvorsteher hat sich lediglich von der Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit leiten lassen. Abg. Hirsch hat wieder viele Angriffe gegen die Berliner Polizei gerichtet. Aber der Hirschschild der Berliner Polizei bleibt rein, und wenn Herr Hirsch hier tagelang redet. (Lebh. Zustimmung.) Wenn der König einen Adligen zum Landrat macht, so geht das Herrn Lohmann nichts an. (Lachen links.) Wir haben im Osten auch viele bürgerliche Landräte aus dem Westen, und die haben sich in unsere östlichen Verhältnisse schnell eingelebt. Herr Lohmann möge glauben, daß der Landrat Freiherr v. Maltzahn nicht die geringste Absicht hatte, Herrn Becker konservativ zu machen. Wie möchten uns des Herrn Becker jedenfalls ergebenst bedanken. (Lebh. Zustimmung rechts.) Zum Fall Wagner will Herr Lohmann doch lieber das Verhalten des Herrn Wagner während der Kandi unter die Lupe nehmen. Der „Volksfreund" ist ein unparteiisches Blatt. Seine Verbreitung liegt durchaus in der Richtung der Bekämpfung der Schmutzliteratur. Er bedarf nicht der Empfehlung durch Beamte, er empfiehlt sich selbst. Daß hier der Portofreiheit hereingegangen wird, zeigt nur, daß die Landräte von nationalliberaler Seite mit einem Glimpfmaße umgehen werden. Von dieser Seite wird in einer Weise gegen die Landräte gehetzt, die man als schamlos bezeichnen muß. (Warm bei den Natl., Beifall rechts.) Wenn ich im Wahlkampfe scharf gegen die Nationalliberalen geäußert habe, so habe ich das alsbald richtig erklärt, wird ich finde es illoyal, daß man das trotzdem immer wieder hier vorbringt. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. v. Trampczynski (Pole): Unsere Beschwerden nehmen leider kein Ende. Ungesetzmäßig erscheint, daß die Landräte grundsätzlich keine polnischen Gutsvorsteher bestätigen. Der Ostmarkenverein zeigt förmlich zu Denunziation und Boykott. Wenn der Oberpräsident als Ehrenpräsident und der Oberbürgermeister als Generalversammlungen des Ostmarkenvereins erscheinen, so sollten sie selbst empfinden, daß dies taktlos ist. Die Unparteilichen sollten zum mindesten spielen. Auf eine Frage kann ich keine Antwort erhalten.

Minister v. Dallwitz: Die Polen haben das verfassungsmäßige Recht, hic in Preußen zu wählen wie sie wollen zu lassen. Selbstverständlich haben sie auch das Recht, für ihre Wahl zu agitieren. Ueber das Verhalten der Berliner Polizei habe ich mich ausführlich ausgelassen; meinen früheren Bemerkungen habe ich nichts hinzuzufügen. Wenn der Vorredner das Verhalten hoher Beamten in der Ostmark taktlos nennt, so übersieht er, daß das deutsche Element hier in der Abwehr begriffen ist. (Lebh. Zustimmung.)

---

so lange nicht zu denken, wie zahlreiche Polen großpolnischen Träumen nachhängen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Cassel (fortschr.): Die vom Minister in der Kommission mitgeteilte Statistik über die Ergebnisse der Fürsorgeerziehung rechtfertigen zu tun, h. d. jener Kinder, die in Nordschleswig in den Jahren von 1864 bis 1898 geboren sind und jetzt keinem Staate angehören?

Abg. v. Kardoff (fronf.): Mein Freund v. Zedlitz ist verhindert, der heutigen Sitzung beizuwohnen, wird aber die Antwort nicht schuldig bleiben. Die Polen frage ist lediglich: Wer hat für die polnischen Bauern und Arbeiter mehr getan, der preußische Staat oder der polnische Adel? Den Polen geht es nirgends so gut wie in Preußen; nirgends haben sie so viel Freiheit und Rechte. Der Ostmarkenverein dient lediglich dem Frieden. Hätten wir diesen Verein nicht, so müßten wir ihn morgen gründen. Aus konfessionellen Bestrebungen steht er fern. (Lebh. und Sog.)

Abg. Marx (Ztr.): Die Polenpolitik der Regierung lehnen wir nach wie vor ab. Die Sozialdemokratie will nicht Freiheit, sondern Zügellosigkeit. Gegen den Schmutz in Wort und Bild kann nicht energisch genug vorgegangen werden. Leider ist die Frage der Prostitution ihrer Lösung noch nicht einen Schritt näher gebracht worden. Auch dem Mädchenhandel, dem Unfug der antikonzeptionellen Mittel, muß entgegengewirkt werden.

Minister v. Dallwitz: Abg. Cassel hat mißbilligt, daß der Besuch Berlins, den einen Teil der Polizeigewalt zu übertragen, ohne Begründung abgelehnt hätte. Aber früher war der Stadt Berlin ein Teil der Polizeigewalt angeboten, insbesondere die Wohlfahrtspolizei; sie hat damals überhaupt nicht geantwortet. Je größer inzwischen die Hauptstadt geworden ist, um so mehr haben sich die prinzipiellen und praktischen Bedenken gegen eine solche Besprechung vermehrt. Darüber haben in einer gegenseitigen Besprechungen stattgefunden, daß der Magistrat über die Gründe der Regierung nicht im Zweifel sein kann. Zu Gunsten der sogen. Heimatlosen kann ich so lange nichts tun, als gerade die Gegensätze der Agitation kommen, die die Gegensätze im Norden verschärfen. (Beifall.)

Abg. Dr. Schiffer (natl.): Auf die Friedensrede meines Freundes Dr. Lohmann haben wir eine Antwort bekommen, die wir uns merken werden, wenn uns gelegentlich wieder mangelnde Friedensliebe vorgeworfen werden sollte. Das Flugblatt des Herrn v. Bieberstein nannte die Nationalliberalen Börsenjobber, Kohlenbarone und Schlotjunker. Versteht man es denn nicht, daß Fürst Bismarck 1889 meinte, die Hyperkonservativen unterscheiden sich unter Umständen von den Sozialdemokraten in politischer Geltheit nur mäßig? (Hört! Hört! sehr richtig! links.) Wir sprechen uns ganz offen aus: Die Sozialdemokratie ist die Frucht unserer Sünden. (Zustimmung bei der Soz.) Durchgreifende Abwehr der Sozialdemokratie wird erst möglich sein, wenn wir finden wir das, daß solche Landwirtschaftsfreundlichkeit immer wieder bezweifelt. Dem Bortschritt berhalb seinen Schriften ist Herr v. Bieberstein eine Kleinigkeit; ihm ernst aber gibt es keine Kleinlichkeit. (Sehr richtig! links.) Es handelt hier um hohen Rücksichten, um die Rücksicht auf den Staat. Heißt es doch auch von der Autorität: Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen. (Lebhafter, anhaltender Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (konf.): Ich habe die Absicht, auf die eben gehörten persönlichen Worte einiges zu erwidern. Der Vorredner war der Meinung, die Rede seines Parteigenossen Lohmann habe einen besonders versöhnlichen Charakter getragen. Diesen Eindruck habe ich von der Rede des Herrn Lohmann nicht gehabt. Wenn man hier im Parlament eine Institution, nämlich die Landräte kritisieren will, so muß die Autorität dieser Institution zu stärken, so muß die Kritik sachlich und gerecht sein. (Sehr richtig! rechts.) Aber leider haben wir diese Eigenschaften bei der Kritik des Herrn Lohmann nicht vorgefunden. Wenn man wirklich gegen einen Stand, wie den Fall Becker, so muß ich sagen, ist das die glänzendste Rechtfertigung dieses Standes. (Lebh. Beifall rechts.) Mit der Sachlichkeit und Gerechtigkeit bei der Kritik Lohmanns ist es also übel bestellt. (Oho!-Rufe links.) Auch die Art und Weise, wie der Schiffer heute erneut und gegenüber meinem Freund Bieberstein aufgetreten ist, hat nicht den Eindruck des verständnis und sachlich Gerechten gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Was denn hat Herr Schiffer an den Ausführungen Biebersteins auszusetzen gehabt? (Zuruf: Alles!) Wenn Herr von Bieberstein gesagt hat, daß der nationalliberale Agitation trage dazu bei, der Sozialdemokratie neue Anhänger zuzuführen, so hat er durchaus recht. (Lebh. Sehr richtig! rechts.) Und wir alle hier sind der Meinung. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind in der Tat der Meinung, daß die nationalliberalen Agitatoren das Volk aufgeregt haben, und daß das Ergebnis führen muß. Hätten sie nicht angehört haben, weil sie sich nicht fähig zu einer große patriotische Tat und im nur (großer Lärm und Zischen rechts), weil sie nicht imstande waren, in ernster Lage, in ernst schwerer Lage, in ihnen das Volk aufzuklären und Leute gefunden haben, die das, was sie nicht

leisten konnten, in der Tat geleistet haben, (sehr gut! rechts), sind ihre Agitatoren im Lande herumgezogen und haben die patriotische Mehrheit des Verrats am Vaterlande bezichtigt. (Zurufe der Soz.: Schnapsblod! Liebesgaben!) Hat nicht einer der Ihrigen gesagt, daß mit einem Raubzug an die Taschen des Volkes ausgeführt hätten und daß wir nur aus schmachvollem Eigennutz gehandelt haben!? Sie haben ja für manche Dinge etwas, was ich nur als doppelte Buchführung bezeichnen kann. (Sehr gut! rechts, Unruhe links.) Das mag mit dem einen einer Mittelpartei zusammenhängen. Auf der einen Blatte steht: Tod der Sozialdemokratie, und auf der anderen Seite steht eine Allianz mit ja in Laden und auch im königreiche Sachsen, auch dort gegen Sie, vergessen Sie das nicht, mit der Sozialdemokratie zur Bekämpfung der Konservativen, die Sie dort bei den Wahlen unterstützt haben, zusammen. (Zuruf des Abg. Hoffmann (Soz.): Na, und wenn die Trauben uns so sauer wären!) Heiterkeit links.) Wenn Sie sich im Lande fortgesetzt mit einer Partei koalieren, die ihrerseits die lebhafte Unterstützung der Sozialdemokratie findet, so ist auch das mindestens verdächtig. (Zustimmung rechts.) Das andere, was Sie so schmerzt, ist, daß wir Ihnen nicht ganz trauen mit Bezug auf Ihre Landwirtschaftsfreundlichkeit. Das ist auch so eine eigene Sache. Sie haben gewiß eine Reihe von Mitgliedern, die der Landwirtschaft freundlich sind, aber daneben gibt es eine Reihe von Personen, die keine Fühlung mit der Landwirtschaft haben und die man überhaupt nur äußerst vorsichtig beurteilen muß. (Zurufe b. d. Natl.: Wer denn?) Wollen Sie es leugnen, daß der Hansabund dadurch, daß er die einzelnen Berufsstände geflissentlich und alltäglich gegeneinander hetzt (Zuruf b. d. Natl.: Der Bund der Landwirte hat angefangen; Gegenrufe rechts), es dahin gebracht hat, daß sich Industrie und Landwirtschaft, die nach unserem konservativen Programm einheitlich zusammengehen können, wie Todfeinde gegenüber stehen. Sie predigen Schutz der Landwirtschaft, Sie wollen an den Schutzzöllen festhalten, Sie verbünden sich aber täglich mit den freihändlerischen Freisinn und die wollen Sie die Landwirtschaft schützen! (Sehr gut! rechts.) Wenn wir heute in unserem deutschen Vaterlande und in Preußen einen derartigen Kampf aller gegen alle sehen, so tragen Sie die Schuld. (Stürmisches Oho! b. d. Natl., Beifall rechts.) Und wenn Abg. Schiffer vorhin gesagt hat, die Sozialdemokratie, die wir haben, sei die Frucht unserer Sünden, so lehne ich das für meine Partei ab, sie ist die Frucht Ihrer Sünden. (Lärm links, dröhnender Beifall rechts. Lebhaftes Zischen links, erneuter Beifall rechts.) Nach einer lebhaften Polemik mit dem Abg. Gronowski (Ztr.) gegen die Sozialdemokratie wird die Sitzung auf abends ¾8 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag

127. Sitzung vom 14. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Tirpitz.

Die zweite Lesung des

Marineetats

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Semler (nl.): Das Andenken der beim Unfall des Unterseeboots ums Leben gekommenen Männer wird Deutschland immer in Ehren halten. Der bekundete Manneszucht kann man mit Stolz gedenken. Unbeirrt von den Tagesmeinungen halten wir an der Flottenpolitik fest. Innerhalb der Defensive muß unsere Flotte stark genug sein, um offensiv wirken zu können. Bezüglich der Zulagen haben wir uns bemüht, die für die Heizer zu retten. Aber im Interesse der Balanzierung des Etats mußten wir darauf verzichten. Wir wünschen, daß die Detailfrüge in Wilhelmshaven Lieferungen übertragen werden. Auch mit etwas gegen die Wohnungsnot in Wilhelmshaven geschehen. Wenn der Abg. Ledebour gestern bemängelt hat, daß der Reichskanzler fehlt, so muß auch ich den Wunsch aussprechen, er möge hier öfter erscheinen. Jedoch ist das keineswegs not wendig. Die Flottenlage muß unabhängig von jeder politischen Konstellation durchgeführt werden.

Abg. Schrader (fortschr.): Auch wir denken mit Dankbarkeit der tapferen Männer vom Unterseeboot „U 3", auch wir verlangen, daß außerordentliche Mittel für die Hinterbliebenen der Opfer bereitgestellt werden. Mit Stolz erkennen wir die gute Manneszucht in unserer Marine an. Freilich die Ausgaben für die Flotte lassen schwer auf der Volke. Auch für die nächste Zeit ist keine Erleichterung zu erwarten. Das ist keine erfreuliche Situation. Wir werden uns aber damit abfinden müssen. Das geht allen Staaten so, solange dem allgemeinen Wettrüsten nicht Einhalt getan wird. Der Reichskanzler ist nicht hier. Wir können also erst bei seinem Etat darüber sprechen, wie er sich zur Abrüstungsfrage oder zur allgemeinen Verständigung jetzt stellt. Das „Märchen von einer geplanten Invasion in England" findet bei verständigen Leuten längst keine Beachtung mehr, wenn ein Krieg kommt, dann muß auch unsere Flotte ihren Mann stellen können. Die Mißstände bei den Werften waren nicht zu leugnen. Die Verwaltung hat sich inzwischen bemüht, Besserung zu schaffen. Warum mußte gerade an den Zulagen der Heizer gespart werden? Der Reichstag sollte den Heizern wieder die Zulage zusprechen. Das Unannehmbar der Regierung fürchten wir nicht. Wir sind es schon gewöhnt, alle paar Tage ein Unannehmbar dem Regierungstische zu hören.

Staatssekretär v. Tirpitz: Den Wunsch, die Lieferungen an größere Kreise zu verteilen, möchte ich gern erfüllen. Nur können wir nicht auf die Detailfragen gehen, weil wir zu große Preise zahlen müssen. Ich habe niemals gesagt, daß wir die Einteilung unserer Marine von einem Reichstage gewählten Mitgliedern verdanken. Aber wir haben doch im Verhältnis zu den bewilligten Mitteln eine größere Kampfleistung erzeugt als andere Länder. Wir waren in den Kampforganisationen bestehen müsse. Wenn dafür schließlich größere Mittel erforderlich wurden, so tragen nicht wir die Schuld daran. Wir haben die Dreadnoughts nicht erzeugt, sondern ihnen nur sehr ungern nachgegeben. Gerade die Beschleunigung ist infolge der Dreadnoughts-Politik erfolgt. Denn diese Politik hat die Schiffe ganz unverhältnismäßig schneller wertlos gemacht, als man ursprünglich glaubte. Im übrigen hat doch das Hohe Haus die Beschleunigung bewilligt, und zwar gemäß den von uns berechneten Mitteln. Eine solche Errechnung ist schwierig. Tatsächlich kommt dazu, daß die Technik in gewissem Sinne unser natürlicher Feind ist, weil permanent neue Fragen hinzutreten, denen man sich anpassen muß. Trotzdem sind wir mit weniger ausgekommen, als feinerzeit veranschlagt war. Wir haben in den letzten Jahren 2 Millionen Mark von den Anleihen gespart. Es ist sehr richtig, wenn behauptet wird, daß der Staatssekretär auf Kleinigkeiten einlassen darf. Nein, aber die Flotte muß er im Auge haben. Man kann eine Flotte nicht wie eine Armee aus dem Boden stampfen. Das trifft nun zu auf das Gebiet der Werften. Ich kann wohl behaupten, daß wir den Betrieb der Werften in den letzten 10 Jahren ständig verbessert haben. Die Werften sind in erster Linie Mobilmachungsanstalten für die Flotte. Die Fabrikation betreiben wir nur soweit, als sie unumgänglich notwendig ist, als Ausgleich dafür, daß wir viel Saisonarbeiten auf den Werften haben müssen. Auf das politische Gebiet will ich mich nicht begeben. Ich beschränke mich ausdrücklich auf das Flottengesetz und was damit zusammenhängt. Nur das eine möchte ich betonen: es ist ein ganz politischer Irrtum in England, daß wir den Ausbau unserer Flotte über das Flottengesetz hinaus beschleunigt haben. Das wäre doch nur möglich gewesen, wenn der Reichstag uns die Mittel dazu bewilligt hätte. Tatsächlich haben wir keinen Pfennig dazu gehabt. Deshalb hat diese in England aufgetauchte Behauptung auch mich sehr merkwürdig berührt. Dann ist von einer Verhetzung durch die Presse gesprochen worden, ohne daß mir klar wurde, welche Presse man damit meint. Unsere Presse hat — das möchte ich hervorheben — in den letzten Jahren über unsere Beziehungen zu England mit ganz verschwindenden Ausnahmen sehr ruhig und zurückhaltend geäußert und gerade das Gegenteil von Verhetzung getan. Seitdem überhaupt Mißverständnisse zwischen Deutschland und England entstanden sind, hat die deutsche Presse das mutterland verhalten. (Zustimmung.) Bei der Streikung der Heizerzulagen haben wir natürlich unter gewaltigem Druck gestanden; einerseits durch das Haus und andererseits durch die Finanzlage. Die Auffassung, daß unsere Flotte nicht zu aggressiven Zwecken gebaut wurde, unterschreibe ich voll inhaltlich. Es wäre nicht richtig, wenn unsere Flotte einer anderen überlegen wäre. (Beifall.)

Abg. Noske (Soz.): Es gehört zu den sonderbaren Gewohnheiten dieses Hauses, daß einzelne Abgeordnete gleich von Dankbarkeit einflechten. Es ist allerdings diesmal nicht ganz so aus dem vollen gewirtschaftet worden, wie früher. Das berechtigt aber nicht gleich zu schwülstigen Dankvisiten. Trotz der behaupteten Vorzüglichkeit unseres Kriegsschiffmaterials erhalten unsere Werften von fremden Staaten keine größeren Aufträge. Es wäre töricht, wenn England und Deutschland sich bekriegen wollten. Der Gedanke, daß zwei so hochkultivierte Industriestaaten übereinander herfallen könnten, ist als unsinnig abzuweisen. Unsere Regierung hat es bisher an den nötigen Entgegenkommen fehlen lassen, um eine Verständigung über die Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen. Beide werden Fragen der auswärtigen Politik angeschnitten, ohne daß der Reichskanzler sich blicken läßt. Diese beschämende Tatsache ist eine große Richtachtung des Reichstages. In Kiel ist ein Marinerekrut in grauenhafter Weise von einem Unteroffizier zu Tode gemartert worden. Er mußte in den heißen Kessel kriechen und wurde, als er zusammenbrach, fürchterlich mißhandelt. (Zuruf bei den Soz.: Wie in Moabit!) Ich möchte behaupten, daß auch in der Marine das Schmieren unmeschlich verbreitet ist. Ferner verlange ich Auskunft, ob die „Marine-Rundschau" amtlichen Charakter hat und fordere Wiederlegung der Heizeranlagen. Wir agitieren in der Kasernen nicht, das brauchen schon der Staatssekretär für uns mit seinen verfehlten Maßnahmen. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen Sie mit Blindheit.

Staatssekretär v. Tirpitz: Daß Herr Noske den Fall von der schweren Mißhandlung eines Heizers hier mit den Heizerzulagen in Verbindung bringen würde, habe ich erwartet. Der Fall ist öffentlich verhandelt und aufgeklärt worden. Es bleibt ein ganz schweres Verbrechen und seiner ganzen Natur nach eine Niederträchtigkeit. Gegen Niederträchtigkeiten und Scheußlichkeiten wehren wir uns selbst und brauchen die Hilfe der Sozialdemokraten nicht. (Beifall rechts, Lärm bei den Soz.) Das Erste Kriegsgericht hat den Mann mit 7 Jahren Zuchthaus bestraft, die zweite Instanz mit 10 Jahren. Dieses Verbrechen, das überall vorkommen kann, hat also eine schwere Sühne gefunden. Weiter hat Herr Noske den Vorwurf erhoben, daß das Schmiergelderwesen in der Marine üblich sei. Es liegt ein einziger Fall vor, der aber bereits worden ist. Die „Marine-Rundschau" wird von einem Beamten des Reichsmarineamts redigiert, aber nur soweit beeinflußt, als es sich darum handelt, daß nicht militärische Geheimnisse veröffentlicht werden. Auch die Zulagen der höheren Offiziere sind erheblich eingeschränkt worden. Der Geschwaderchef bezieht im Jahre 4000 Mk. aber Herr Noske dreht, wie der Vorredner es gesagt hat, denn kann ich überhaupt nichts mehr sagen. Das Haus hat mich aber wohl richtig verstanden. Sie ist mir in meinen langen Dienstzeit ein Schritt ist so schwer geworden, wie die Absetzung der Zulagen der Heizer. Es handelte sich ja um keine Kleinigkeit, sondern um die schwerste Handlung, die ich in meiner Dienstzeit ausgeführt habe. Ich protestiere gegen die Behauptung, daß die Offiziere nur an sich selbst denken. Das ist nicht richtig. Die Heizer stehen immer noch erheblich den Löhnen nach den Matrosen. Das gönne ich ihnen von Herzen, aber eine größere Zulage können wir ihnen nicht bekommen. Wir trage die Unzufriedenheit in die Reihen des unteren Personals, sondern die Herren dort. (Der Staatssekretär weist auf die Sozialdemokraten. Beifall rechts, Lärm bei den Soz.) Ich sage nur die Wahrheit, und wenn die Neuordnung der Dinge von der Marine durchgeführt wird, dann wird auch die Unzufriedenheit aufhören. (Beifall rechts, Gelächter bei den Soz.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Der Reichstag muß sich hinter einem Minister stellen, der in Befolgung von den Reichstag aufgestellten Grundsätze persönliche Abstriche gemacht hat. Bei den Heizerzulagen stand der Reichstag unter dem Druck seines einjährigen Beschlusses. Mit einer besseren Verpflegung ist den Heizern mehr gedient. Es wäre wünschenswert, wenn die höheren Werftbeamten in privaten Betrieben sich vorbilden würden. Die weitgehende Dezentralisation ist richtig kaufmännisch. Die Geschäftsleute in Wilhelmshaven beklagen sich über die Verkaufsstellen der Werft, die ihnen Schaden zufügen.

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich erkläre, daß nur die Arbeiter in den Verkaufsstellen der Werft kaufen dürfen, und daß den Offizieren und Beamten dies untersagt ist.

Abg. Herzog (w. Vgg.): Ich muß anerkennen, daß bei der Aufstellung des Etats die Verwaltung Sparsamkeit gezeigt hat und daß endlich ein kaufmännischer Geist eingezogen ist. Wir sind gegen die Heizerzulagen.

Abg. Dr. Leonhart (fortschr.): Das Flottengesetz ist einseitig. Auch wir sind der Ansicht, daß die deutsche Flotte sich aggressive Tendenz hat. Es ist ein Fehler gewesen, daß sich das Reichsmarineamt auf die Streichung der Heizerzulagen eingelassen hat. Wir wünschen die unverkürzte Wiedereinstellung dieser Zulagen. Was die Rede des Prinzen Heinrich anlangt, so glaube ich, ist der Prinz selbst wohl überrascht gewesen, daß seine privaten Äußerungen in intimen Kreise im Reichstag und der Presse so große Aufmerksamkeit erregt haben. Meine Freunde sind allerdings über die inneren Feind anderer Meinung.

Abg. Werner (dtsch. Refp.): Wir halten an dem Flottenprogramm fest. Wir sind der Meinung, daß die deutsche Marine Großes geleistet hat. Bezüglich der Rede des Prinzen Heinrich kann ich nur sagen, daß man mit diesen Anschauungen einverstanden sein kann. Die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung" haben mir in dieser Hinsicht am meisten zugesagt. Jedem Deutschen steht das Recht der freien Meinungsäußerung zu. Wir sind auch für die Wiederherstellung der Heizerzulagen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Man hat meine gestrigen Ausführungen einer Kritik unterzogen. Doch hat man nicht vermocht, wesentliches dagegen vorzubringen. Der Abg. Noske sprach vorhin für die Abrüstung und betonte in demselben Atemzuge, daß wir durch England dazu gezwungen worden sind, unsere Flotte zu vergrößern. Bezüglich der Heizerzulagen bitte ich Sie, dem Kommissionsbeschluß beizutreten.

Abg. Dr. Struve (fortschr.): Wir wünschen Entschädigung der Kieler Fischer, die durch die Kriegsschiffübungen schwer geschädigt sind.

Die Beratung wird auf Mittwoch vertagt.

Schluß 6 Uhr.

Ausland.

Frankreich, Türkei und Rußland. Die Verhandlungen zwischen der französischen Botschaft in Konstantinopel und der Hohen Pforte über Eisenbahnkonzessionen an französische Unternehmer sollen nach Meldung des Konstantinopeler Korrespondenten des „Temps" zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Angeblich handelte es sich um 5 Linien, von denen 2 in Albanien und 3 in Anatolien gebaut werden sollen. In Albanien wären es die Strecken von Priština nach dem Adriatischen Meere, rund 220 Kilometer, und von Karaferia nach Vallona, rund 520 Kilometer. In Anatolien sollen Konzessionen für zwei von Erzerum ausgehende Bahnen und für eine dritte Strecke Samsun-Sivas, insgesamt über 2000 Kilometer, erteilt sein. Für den Bau der Bahnen sollen angeblich die Hauptstrategische und militärische Interessen ausschlaggebend sein, die kommerziellen und wirtschaftlichen Interessen erst in zweiter Linie stehen. Der französische Minister des Auswärtigen, Mr. Pichon, hat dagegen bereits erklärt, daß die Gerüchte über ein positives Ergebnis der Verhandlungen der wirklichen Lage nicht entsprechen; mehrere Linien, über die, wie behauptet wurde, bereits eine Einigung im Sinne der Konzessionserteilung erzielt worden sei, seien überhaupt noch nicht Gegenstand der Verhandlungen auf französischer Seite gewesen und die fraglichen Konzessionen lägen auch nicht im französischen Interesse. Der Minister fügte hinzu, die Besprechungen seien noch nicht weit genug vorgeschritten, um Mitteilungen über Einzelheiten in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Was man bis jetzt sagen könne, sei lediglich das: Die Besprechungen begriffen die französischen Interessen in ihrer Gesamtheit, sie trügen einen freundschaftlichen Charakter und würden im Übereinstimmung mit den Beziehungen geführt, die zwischen Frankreich und der Türkei, ebenso wie zwischen Frankreich und den anderen Mächten beständen. Demnach wären auch die Folgerungen, die in der französischen und englischen Presse aus jener Meldung gezogen wurden als berechtigt nicht anzuerkennen. Immerhin hat Herr Pichon in Abrede gestellt, daß der Bau von Eisenbahnlinien Gegenstand von Besprechungen zwischen dem französischen Botschafter Bompard und der Türkei gewesen ist. Ob die Angelegenheit eine größere politische Bedeutung beizumessen ist, wird sich erst zeigen, wenn bekannt geworden ist, um welche Bahnlinien es sich handelt. Von den eingangs erwähnten Bahnkonzessionen würden mindestens zwei in solchen Landes- und Hoheitsgebieten der Türkei durchzuführen sein, die bisher mit einigem Grunde als Domäne russischer Interessen angesehen werden durften. Würden sich also die Angaben des „Temps" bewahrheiten, so böte sich der Welt das eigentümliche Schauspiel, daß ein diplomatischer Vertreter der französischen Republik zu Verhandlungen sich herüber, die darauf hinausliefen, Angehörigen eines eng verbündeten Staates erworbene oder doch so gut wie entstandene Ansprüche streitig zu machen. Nicht ohne Interesse ist endlich der Umstand, daß der französische Botschafter Bompard mit türkischen Ministern führt, in einer Zeit sollen, in der seitens der Pforte im Zusammenhang mit der Finanzierung des Bagdadbahnunternehmens auf die Fortdauer und die Pflege der Beziehungen zu England besonderer Wert gelegt wird.

Russische Agenturen im Ausland. Das russische Handelsministerium hat im Ministerrate eine Vorlage eingebracht betreffend die Abschaffung der Finanzagenturen mit Ausnahme der Pariser. Statt dessen sollen 13 Agenturen des Handelsministeriums errichtet werden, nämlich fünf Agenturen ersten Ranges in Berlin, London, Wien, Konstantinopel und New-York, und acht Agenturen zweiten Ranges, nämlich in Hamburg, Frankfurt a. M., Genua, Sofia, Teheran und Schanghai, sowie in einer Stadt in Frankreich und in der Mandschei.

Die Kämpfe im Wadailande. Der französische Kolonialminister erhielt eine Meldung, wonach am 13. November 1910 vier Tage nach dem Kampf bei Dridjele in der Nähe von Saguält im weiteres Scharmützel zwischen der aus hundert Senegalschützen bestehenden Truppe des Hauptmanns Baure und Wadai-Leuten stattgefunden hat. Letztere hätten weitere hundert Mann verloren und seien in die Flucht geschlagen worden. Die Franzosen hätten keinerlei Verluste gehabt.

Die Lage in Persien und der Regent. Am Sonntag wurden die Mitglieder des persischen Medschlis zum Regenten von Persien berufen, der sich über die politische Lage äußerte. Seine Auslassungen sind nicht veröffentlicht worden, aber es besteht Grund, zu glauben, daß die Abgeordneten beschwor, angesichts der ernsten Lage des Landes ihre Meinungsverschiedenheiten der Seite zu lassen. Man glaubt ferner, der Regent habe erklärt, daß er den Eid erst abgelegt würde, wenn sich eine feste Mehrheit im Medschlis gebildet habe; denn ohne eine solche Mehrheit könne ein Kabinett persönlich arbeiten. Obschon man annimmt, daß der Regent persönlich einem Kabinett der sogenannten Gemäßigten zuneigt, scheint er doch zu wünschen, daß das gegenwärtige Kabinett noch eine Zeitlang im Amte verbleibt. — Der Premierminister hat ebenfalls dem Regenten seinen Besuch abgestattet.

Die Revolution in Haiti. In Kap Haitien ist die Meldung eingetroffen, daß die Revolutionäre die Stadt Quanaminth niedergebrannt haben.

Zur Lage im Yemen erfahren wir weiter aus Saloniti: Ein Teil der arabischen Streitkräfte ist von Sanaa in der Richtung auf Hodeida abgerückt, wo immer neue Scharen von Arabern eintreffen und die Straßen besetzen. Am 12. cr. kam es in der Umgebung von Taaz zu einem Gefecht zwischen den dort lagernden türkischen Truppen und den Arabern. Auch Iman Jahia kam einen blutigen Kampf mit den Türken, in dem die Araber 300 und die Türken 100 Mann verloren. Unter den Arabern herrscht die Cholera, der Gesundheitszustand der Türken ist gut.

Aus Nah und Fern.

Eine entsetzliche Eisenbahnkatastrophe. Der nachmittags gegen 5 Uhr von Paris nach Brest abgehende Expreßzug stieß gestern, Dienstag, in der Station Courville mit einem Güterzuge zusammen. Beide Züge fingen Feuer und verbrannten vollständig bis auf den Speisewagen des Expreßzuges. Bisher wurden acht Leichen geborgen. Die Zahl der Verwundeten ist sehr groß. (Vergl. „Letzte Telegramme".)

Das Befinden des Königs von Montenegro. Gegenüber Zeitungsmeldungen über eine Erkrankung des Königs von Montenegro wird festgestellt, daß das Befinden des Königs anhaltend gut ist.

Zum Brand an der Hohen Pforte. Zu diese Angelegenheit schreibt man der Berner „Bund" aus Konstantinopel: Wer „Bab Ali", die Hohe Pforte und den Hügel über dem Eingang ins Goldene Horn, kennt, den hat die Nachricht von der Zerstörung durch das Feuer nicht sehr überrascht. Die Bezeichnung „Hohe Pforte" stammt von einem schwerfälligen mächtig überdachten Triumphtor am Südende der Palastumfriedung. Gegenüber steht ein kleiner Kiosk, der mit der alten

Sultanswohnung im einzigen Serail verbunden ist, und an dessen Gitter in früheren Jahren der Harem des Herrschers den prunkvollen Aufzügen der fremden Botschafter beiwohnte. Bab Ali ist eine gewaltige, einstöckige, zum großen Teil in Holz aufgeführte Anhäufung von Gebäuden mit mehr als tausend Zimmern und Sälen, lebirinthisch verbunden durch ein Gewirr von Gängen und zahllosen Treppen. Es enthält den Beratungssaal der Minister samt Sekretariatszimmern, die Bureaus des Großwesirats, des Ministeriums des Auswärtigen, des Innern und des Staatsrats. Bab Ali ist aber auch das Herz des ungeheuren Reiches, die Zentrale, wo alle Leitungen und Fäden einer über die Erdteile sich erstreckenden Organisation zusammenlaufen. Es bedeutete mit den ewig wechselnden Erscheinungen und Szenen des Orients, die es tagsüber beleben, eine der Hauptsehenswürdigkeiten Konstantinopels. Nirgends kommt die türkische Demokratie augenfälliger zum Ausdruck. Ein jeder hat Zutritt, vom Großwesir bis hinunter zum Lumpensammler, zum Lumpensammler. Da mischen sich hochgestielte, armselige Pilger aus Buchara mit ihren gelben, eingebutterten Gesichtern unter fremde Diplomaten, der schäbigste Tschausch (Unteroffizier) steigt neben der Exzellenz, dem Pascha und kommandierenden General, mit demselben Recht die Treppe hinauf. Hochmütige arabische Scheichs und Mollahs in weißen Gewändern streifen die blauschwarzen, pelzgefütterten Kaftane ewig lächelnder, gebückter Rabbiner; würdige Ulemas in weißen Bärten bekunden gleichgültig an windigen, weiblichen griechischen Papen vorüber. In den Vorsälen murren Deputierte, Beamte, Journalisten und Postenten aller Art, die mit tiefem Temena, mit majestätischem Handgruß verbeugen, so bald irgendein Minister oder sonst eine einflußreiche Persönlichkeit den Gang kreuzt. Bezeichnend ist es, wenn ein Hauptkomiteemann, etwa Dr. Nazim oder Oma Nadschi, auftaucht. Die flüsternden Gruppen gehen dann mit einer Ehrfurcht auseinander, die sie selbst dem Großwesir nicht bezeugen. Die zahllosen Bureaudiener auf der Hohen Pforte sind alles Taubstumme, also Leute von einer idealen Diskretion. Allerdings lassen sie sich durch einen Bakschisch gern bewegen, sensationslüsternen Zeitungskorrespondenten irgendein düsteres Staatsgeheimnis vorzumachen. Sie bedienen sich hierbei einer fabelhaft lebendigen Zeichensprache. Manche Zeitungsente, die die europäische Börse beunruhigte, ist im Gehirn eines solchen trinkgeldgierigen, taubstummen Dieners der Bab Ali ausgebrütet worden.

Neue Opfer die Pest fordert. Man meldet aus Charbin, 14. Februar: Gestern starben an der Pest 29 Chinesen, heute ein unbekannter von der Straße aufgehobener Russe. Der Generalgouverneur des Amurgebietes kündigt die Ausweisung von 4000 arbeitslosen Chinesen aus Wladiwostok, Nikolai und Chabarowsk an. Die Zahl der Todesfälle in Fudschadan ist in der letzten Woche gefunden, sie betrug am zeitigsten Tage 43. Bisher sind dort gegen 7000 Leichen verbrannt worden. Die nicht genügend tief eingegrabenen Leichen werden ausgegraben und verbrannt. Im Mandschineutage ist der chinesische Taotai wegen seines Verhaltens in bezug auf die Pestmaßregeln abgesetzt und durch einen Beamten aus Mukden ersetzt worden. Die Zahl der Todesfälle in der Stadt steigt. Bisher sind 2500 Leichen verbrannt, viele sind noch unbestattet. — Nach einer Pariser Meldung beriet der höhere Hygienerat über die Pest im Orient und entschied sich dahin, daß bisher kein Anlaß vorliege, irgendwelche besondere Maßnahmen zu ergreifen, weder hinsichtlich der Reisenden noch bezüglich der aus dem Orient kommenden Waren. Schiffe, welche aus verseuchten Ländern eintreffen, sollen den üblichen Maßnahmen unterworfen werden.

Großer Brandschaden. Im Blücherhofe in der Belle Alliance-Straße in Berlin kam es gestern abend, angeblich durch eine umgeworfene Lampe, in einer Schablonenfabrik zu einem Feuer zum Ausbruch, das auf die Tischlerei übergriff. Aus 12 Röhren mußte die Feuerwehr Wasser geben. Der durch den Brand verursachte Schaden ist sehr erheblich.

Das „Fort Chabrol" in Wychen erobert. Nach einer Meldung aus Amsterdam ist das in Wychen von einer Frau verteidigte „Fort Chabrol" von sechs Gendarmen erobert worden. Die Frau wurde verhaftet und nach Arnheim übergeführt.

Die Studentenkrawalle. Die Gärung an der Petersburger Universität dauert an. Die Hörsäle werden von der Polizei bewacht. Die Studenten lassen sich an den Vorlesungen. Einige Professoren weigern sich, zu lesen. — Die Hörer der Universität Tomsk beschlossen, bis zum Herbst zu streiken.

Gisolme unzurechnungsfähig. Wie einer Meldung aus Paris sprachen sich die irrenärztlichen Sachverständigen über die Unzurechnungsfähigkeit Gisolmes aus, der bekanntlich am 17. Januar in der französischen Deputiertenkammer zwei Revolverschüsse auf den Ministerpräsidenten Briand abgegeben hat. Das gerichtliche Verfahren gegen Gisolme wird demgemäß eingestellt und Gisolme einer Irrenanstalt überwiesen werden.

Die Erkrankung der beiden ältesten Söhne des Königs von England und die Masern in Bayern ist leichter Natur. Die Krankheit nimmt einen recht günstigen Verlauf.

Vier Bergleute getötet. Im Steinkohlenbergwerk von Monceau bei Sambre sind durch niedergehende Gesteinsmassen vier Bergleute getötet worden.

Furchtbare Kälte. Biel Schnee. In der ganzen Krim herrscht ungewöhnliche Kälte. Der Schnee liegt so hoch, daß viele Dörfer vom Verkehr abgeschnitten sind. Der Gouverneur, der nach Zalta reisen wollte, mußte sich durch einen Meter hohen Schnee einen Weg bahnen. Selbst die Eisenbahnen, Obidkame und Kahne werden von den Schneemassen mit Heizung verwandt. Die Kohlenlager in Dongebiet können dem Bedarf nicht decken.

Großer Brand in Buenos Aires. Durch eine Feuersbrunst sind in Buenos Aires in der Nacht zum 14. er. mehrere Zollspeicher eingeäschert worden. Der Schaden beträgt etwa eine Million Piaster in Papier.

Der Kostenunterschied zwischen Petroleum- und Kohlenheizung. Der für Petroleumheizung eingerichtete französische Turbinentorpedozerstörer „Cavalier" hat den Pariser „Journal des Débats" zufolge für die Fahrt Cherbourg–Oran–Toulon für etwa 30 000 Francs Petroleum verbraucht, während der Kohlenverbrauch nur angeblich 3500 Francs gekostet hätte.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. Filchners Südpolexpedition. Das von Oberleutnant Filchner erworbene Schiff „Deutschland" ist gestern nach gründlichen Veränderungen für die Südpolreise von Sandefjörd nach Hamburg abgegangen.

Landwirtschaftliches.

W. Maul- und Klauenseuche. Das Kaiserliche Gesundheitsamt teilt mit: Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche ist gemeldet aus: 1. Aue (Schlachthof), Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, Königreich Sachsen, 14. Februar 1911; 2. Murrhardt, Oberamt Backnang, Königreich Württemberg, am 13. Februar 1911.

Kurorte, Reisen und Wintersport.

= Große Orientfahrt der Hamburg-Amerika-Linie. Die sonnigen Gestade des Mittelmeeres und der wundervolle Orient haben von jeher ein stets begehrenswertes Ziel des reisenden Publikums gebildet. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die im milden Klima des Südens Erholung suchen, wenn bei uns noch der Winter eine strenge Herrschaft führt, und so versteht es sich, daß es dabei gleichzeitig den landschaftlich schönsten Gegenden und den berühmten Stätten einen Besuch abzustatten wünschen. Um den Reisenden den Besuch dieser Gegenden auf einen besonders bequeme und leichte Art zu ermöglichen, ist von der Hamburg-Amerika-Linie für das Frühjahr dieses Jahres wieder eine große Orientfahrt in Aussicht genommen worden. Diese Orientfahrt, die die Gesellschaft

mit einem der größten und schönsten transatlantischen Dampfer ihrer Flotte, dem Doppelschrauben-Postdampfer „Cleveland", ausführen wird, zeichnet sich durch ein besonders erlesenes Programm aus. Von Genua am 18. Februar 1911 ausgehend, bringt der Dampfer „Cleveland" die Teilnehmer zunächst nach Villafranka zum Besuche Nizzas und Monte Carlos. Das nächste Reiseziel ist das schöne Sizilien, dessen Hafen Syrakus angelaufen wird. Weiter geht es dann nach der Insel Malta, von deren Verlassen wird die Reise nach Port Said, Jaffa und Beirut zum Besuche Ägyptens, des Heiligen Landes und Syriens fortgesetzt. Nach ausgiebiger Besichtigung der interessantesten Punkte dieser Länder, wendet sich der Dampfer „Cleveland" den griechischen Gestaden zu, wo Piräus, die Hafenstadt Athens, angelaufen wird. Die nächsten Besuche gelten den Häfen Smyrna, Konstantinopel und dem im Jahre 1908 durch das Erdbeben zerstörten Messina, wobei auch ein Ausflug nach dem lieblichen Taormina unternommen wird. Weiter geht dann die Fahrt über Palermo, der Hauptstadt Siziliens, und dem herrlichen Neapel nach ihrem Ausgangspunkt Genua. Die ganze Reise von Genua nach Genua wird 44 Tage in Anspruch nehmen.

Letzte Telegramme.

Der Eisenbahnzusammenstoß bei Courville.

Chartres, 14. Februar. Nach neueren Meldungen ist bei Courville der Schnellzug Paris–Angers mit zwei anderen Zügen zusammengestoßen.

Paris, 14. Februar, 10 Uhr 50 Min. abends. Zu dem Eisenbahnunfall wird noch gemeldet: Als der Güterzug einem Expreßzuge ausweichen wollte, fuhr ihm dieser, der eine Geschwindigkeit von 80 Kilometern hatte, in die Seite. In demselben Augenblick fuhr ein dritter Zug auf die beiden auf. Von den Reisenden des dritten Zuges wurde niemand verletzt. Bisher sind fünf Tote und acht Verletzte geborgen. Man weiß aber noch nicht, ob das Unglück noch mehr Opfer gefordert hat.

Courville, 15. Februar. Um Mitternacht zählte man 10 Tote und etwa 10 Verletzte. Es ist fast sicher, daß sich noch mehr Opfer unter den Trümmern befinden. Die in Brand geratenen Wagen brennen immer noch.

Großfeuer in Dessau.

Dessau, 15. Februar. Im Fabrikviertel der Stadt griff gestern ein Feuer mit großer Schnelligkeit um sich. Die Tapetenfabrik „Astania" wurde vernichtet. Die Anhaltische Automobil- und Fahrzeug-Industrie von Krause ist durch das Feuer stark mitgenommen worden. Der Funkenregen, der sich über die Häuser der Umgebung ergoß, gefährdete das ganze Stadtviertel.

Die Studentenunruhen in Warschau.

Warschau, 15. Februar. Als gestern nachmittag 400 streikende Studenten im Universitätsgebäude einige von den wenigen, zu den Vorträgen anwesenden Kollegen am Arbeiten zu verhindern, wurde eine Petarde geschleudert, die mit einem Knall explodierte. Auch Stinkbomben wurden geworfen. Die vom Rektor herbeigerufene Polizei verhaftete 200 Studenten.

Börsen- und Handelsteil.

W. Der Aufsichtsrat der Jutespinnerei und -Weberei in Bremen beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 16 Proz. wie im Vorjahre vorzuschlagen.

W. Der Verwaltungsrat der K. K. österr. Kreditanstalt für Handel und Gewerbe hat in seiner am 14. er. abgehaltenen Sitzung die Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1910 festgestellt. Nach Abzug des Bruttoergebnis von 27 569 616 Kronen (i. V. 26 209 837 Kr.) beläuft. Der Reingewinn beträgt 16 115 874 Kr. gegen 15 596 825 Kr. i. V. Der Verwaltungsrat hat vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung beschlossen, für das Jahr 1910 eine Dividende von 32 Kronen per Aktie (i. V. 32 Kr.) zu verteilen, in dem außerordentlichen Reservefonds 1 000 000 Kr. (i. V. 1 000 000 Kr.) zu hinterlegen und 1 882 895 Kronen (i. V. 1 786 086 Kr.) auf neue Rechnung vorzutragen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— Magdeburg, 14. Febr. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierung.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station frei Magdeburg. Weizen, ruhig, englischer gut 193 bis 198 M., mittel —,— M., gering bis —,— M. do. Kolben Sommer gut 205–210 M. do. Roggen gut 193–194 M. do. ausländischer gut 144 158 M., mittel — bis — M., inländ. gut 144 158 M., mittel — bis — M. Gerste, unv., hiesige Chevaliergerste gut 182–195 M., mittel do. —,— feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 175 bis 183 M., mittel —,— M., ausländische Futtergerste fest, gut 129–131 M., feinste über Notiz, Hafer fest, inl. alter gut — bis — M., neuer 166–172 M. Mais stetig, runder gut 136–138 M., amerikan. bunter gut 136–137 M. Erbsen stetig, Kochware —,— M., grüne Folger —,—.

— Berlin, 14. Februar. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg, Inländ. 196–198 M., Mäkler und Gabelführer — ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Abnahme im laufenden Monat —,— M., im Mai 205,25–205,50 M., Juli 206,00–206,25 M. Tendenz: fest. Roggen für 1000 kg. Inländischer 150,00–151,50 M. ab Bahn. Normalgewicht 712 g. Abnahme in lauf. Monat —,— M., im Mai 160,25–160,75–160,50 M., im Juli 162,75–163,25–163 M. Tendenz: fest. Hafer per 1000 kg. Normalware 450 g. Abnahme im laufenden Monat —,— M., im Mai 159,50 M., Juli 160,00 M. Tendenz: fest. Mais per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Mai —,— M., im Juli —,— M. Tendenz: stetig. Roggenmehl Nr. 0 und 1 19,10–21,40 M. Abnahme im März 19,60 M., im Mai —,— M. Tendenz: fester. Rübböl für 100 kg mit Faß. Abnahme im laufenden Monat 61,20 M. Br., im Mai 61,70–61,50–61,90 M. Tendenz: fester.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 14. Februar. Weizen loko 195–198 M. ab Bahn und frei Wagen, —,— bis —,— M., Dezember —,— M. Roggen loko 149,50–151,00 M. ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— M. —,— Gerste, leichte inländische Futtergerste 142,00–159,00 M. schwere do. 160,00–172,00 M., russische do. —,— mittel 138,00 M. do. schwere 134–143 M. do. Wagen und Bahn. Hafer, märk. medl., prima, guter feine 173–182, do. mittel 164–172, do. gering 157–163, russischer feiner 168–180, mittel 156–167 M., gering 152–155 M. ab Wagen und do. Bahn. Mais, amerikan. mixed 135–140 M., do. abladungsgemäß —,— M., runder 139–142 M. frei Wagen. — Erbsen, inländische Futterware, mittel 152–156 M., russische do. 152–156 M., Kochware mittel 157–166 M., Viktoriaerbsen —,— M., kleine Kocherbsen —,— M. frei Wagen ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 24,25–27,50 M. Roggenmehl 0 u. 1 loko 19,00 bis 21,30 M. Weizenkleie, grobe 9,75–11,10 M., do. 9,75 11,10 M. Roggenkleie 9,50–10,25 M.

Stroh und Heu.

※ Halle a. S., 14. Febr. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) Sämtliche Preise gelten für 50 kg und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

Roggen-Langstroh (Handdrusch): 3,50 M. bei Partien; —,— M. in einzelnen Fuhren.

Maschinenstroh (für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh 1,90 M., Weizenstroh 1,80 M.; zu Streuzwecken bei Partien: Roggenstroh 2,10 M., Weizenstroh 2,10 M., in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 2,75 M., Weizenstroh 2,75 M.; Breitdrusch bei Partien: Roggenstroh 2,30 M., Weizenstroh 2,30 M., in einzelnen Fuhren: Roggenstroh —,— M., Weizenstroh —,— M.

Wie senden hiesige oder Thüringer, beste Sorten, bei Partien: 3,50 M., in einzelnen Fuhren: 3,75 M.; gute fremde Sorten, bei Partien: 3,00 M., in einzelnen Fuhren: 3,50 M.

Kleeheu, erster Schnitt, beste Sorten, bei Partien: 3,50 M., in einzelnen Fuhren: 3,75 M.; minderwertige Sorten bei Partien: —,— M. in einzelnen Fuhren: —,— M.

Torfstreu in 200 Ztr.-Ladungen, frei Bahn hier 1,00 M., in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,60 M.

Häcksel, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,30 M., im einzelnen vom Lager hier 3,00 M.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— Magdeburg, 14. Februar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Partien frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,00–21,50 Mk. Tendenz: geschäftslos.

— Hamburg, 14. Februar. Kartoffelmehl 20,75–21,25 Mk., Kartoffelmehl 20,75–21,25 Mk., feuchte Stärke 10,50 Mk.

Spiritus.

— Hamburg, 14. Februar. Spiritus matt, Februar 17½ G., Februar–März 17½ G., März–April 17½ G.

— Paris, 14. Februar. Spiritus matt, Febr. 58,75, März 59,25, Mai–August 60,00, Sept.–Dezbr. 53,75.

Oele und Oelfrüchte.

— Köln, 14. Februar. Rübböl loko 65,00, Mai 63,50.

— Hamburg, 14. Februar. Rübböl fest, loko verzollt 61,60.

— Amsterdam, 14. Februar. Leinöl flau, loko —,— März 52½, April —, Mai–August 47¼, Sept.–Dezbr. 42¾.

— Hamburg, 14. Februar. Rübböl ruhig, März 59,75, März 60,25, März–Juni 61,00, Mai–August 60,75.

— Pest, 14. Februar. Kohlraps ruhig, August 13,75.

Zucker.

— W. Hamburg, 14. Februar. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 °/₀ Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Februar 9,30, per März 9,37½, per Mai 9,50, per August 9,50, per Oktober 9,62½, per Dezember 9,65. Tendenz: ruhig.

— W. London, 14. Februar. Rüben-Rohzucker 88 °/₀ Februar 9⅛, 3¾ d. Wert, stetig, Java-Zucker 96 °/₀ prompt 10 fs. 0 d. nom., stetig.

Kaffee.

— Hamburg, 14. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 52¼ G., Mai 50¾ G., Septbr. 49¾ G., Dezember 49 G. Tendenz: stetig.

— Amsterdam, 14. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 47.

— Havre, 14. Febr. Kaffee. Good average Santos März 62,50, Mai 62,00, Septbr. 62,00, Dezbr. 61,50. Tendenz: ruhig.

— W. Rio de Janeiro, 13. Februar. Kaffee. Zufuhren 9000 Sack in Rio, 5000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— Bremen, 14. Februar. Baumwolle ruhig. Upland middling loko 72½ Pfg.

— Antwerpen, 14. Februar. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Febr. 5,67½, Berf., Dezember 5,40 Berf. Tendenz: ruhig.

— Liverpool, 14. Februar. Baumwolle. Umsatz 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: stetig. Amerikanische middling Lieferungen. Willig. Per Febr. 7,31, per März 7,31, per März–April 7,32, per April–Mai 7,33, per Mai–Juni 7,35, per Juni–Juli 7,34, per Juli–August 7,35, per August 7,18, per Sept.–Okt. 6,94, per Oktober–November 6,80.

Petroleum.

— Hamburg, 14. Februar. Petroleum fest, Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,50.

Metalle.

— Amsterdam, 14. Februar. Bancazinn fest, loko 102¼.

— London, 14. Februar. Blei, Span. 13½ Lstrl., engl. 13¾ Lstrl., Zinn 194½ Lstrl., Zink 23½ Lstrl., Chili-Kupfer 55⅛ Lstrl., 3 Monate 55¾ Lstrl.

— Glasgow, 14. Februar. (Schlußbericht.) Roheisen stetig. Middlesborough Warrants III 49 sh. 9½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— Magdeburg, 14. Febr. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 251 Rinder und zwar — Stiere, 52 Ochsen, 54 Bullen, 144 Färsen und Kühe, 256 Kälber, 81 Schafe, 1756 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Freizeilungen durch die Wagen im Viehhof): Stiere und Ochsen: A. 38–47, B. 42–43, C. 32–38, D. —,—, E. — bis — M. Kälber: A. 44–46, B. 40–43, C. 36–39, D. —,— Färsen und Kühe: A. bis 42, B. 41–45, C. 36–39, D. 30–35, E. 26–29 M. Kälber: A. —,—, B. 60–68, C. 52–59, D. 43–51 M. Schafe: A. bis 40, B. bis —, C. 30 bis 34 M. Schweine: A. 50 (Schlachtgewicht 63), B. 49 bis 50 (61–62), C. 47–48 (59–60), D. 44–46 (55–58), E. 42 bis 43 (52–54), F. 43–46 (54–58) M. Verlauf u. Tendenz: mittelmäßig. Ueberstand: 35 Rinder, — Kälber, 12 Schafe, 25 Schweine. Die Schlachtgewichtspreise für Schweine verstehen sich unter Berücksichtigung eines Tarabzuges von 20 °/₀.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 14. Februar. Roter Winterweizen loko 95½, per März —, per Mai 98½, Juli 97⅜, per Sept. —, Mais per Mai 50⅜, per Juli —, per Sept. —, Mehl 3,90.

W. Chicago, 14. Februar. Weizen per Mai 92½, per Juli 91, Mais per Mai 49¼.

W. New-York, 14. Februar. Petroleum Standard white in New-York 7,40, do. in Philadelphia 7,40, do. in Refined Cases 8,90, do. Credit Balances at Oil City 130.

W. New-York, 14. Februar. Schmalz Western steam 9,70, Rohe und Brothers 10,⁰⁄₀.